

Die letzte Seite

Und wieder laden wir ein zum
TANZ in den MAI
am

30. April 2001

im Bürgerhaus

Musik live mit der Gruppe

Midnight special

Eintritt frei – keine Karten

Rechtzeitiges Erscheinen sichert die besten Plätze

Veranstalter ist der SPD – Ortsverein



Wechseln macht wenig Sinn, wenn die wahren Alternativen fehlen



bleiben Sie lieber beim „Winning-Team“ der Versorgungsbetriebe

Viele glauben jetzt zu wissen, was das Beste für Sie ist. Vertrauen Sie lieber Ihrem erfahrenen Team. Wir spielen schon lange erfolgreich in der ersten Liga der Energie- und Wasserversorgung. Immer technisch auf der Höhe und konditionsstark. Wir sind da, wenn es darauf ankommt. Deshalb: never change a winning team. Besonders, wenn allzu oft die wahren Alternativen fehlen. Wollen Sie mehr über Ihr Team erfahren? 0431/5867264

Versorgungsbetriebe Kronshagen GmbH – mehr als nur günstiger Strom

Impressum: kontakte Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

V.i.S.d.P. Cord- P. Lubinski, Redaktion: D. Enders, F. Nehls,

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen

Anzeigen erfolgen unabhängig vom politischen Inhalt

Auflage 6.000 – kostenfrei an alle Haushalte in Kronshagen

Druck: Walter Joost, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, T.: 0431 542231

<http://www.druckerei-joost.de>

Anzeigenwerbung und Annahme: K. - August Möller, Tel.: 0431 58 84 76

Anfragen und Leserbrief: Malte Hübner-Berger, Hufenkamp 11, Tel.: 58 99 54

Gedruckt auf chorfrei gebleichtem Papier

kontakte

Sozialdemokratische Bürgerzeitung für Kronshagen

28. Jahrgang

April 2001

In dieser Ausgabe:

Gymnasium Kronshagen	Seiten 2-4,6,7
Ausschussarbeit	Seiten 5,6
Gemeindevertretung	Seite 6
AsF/Marie-Schlei-Stiftung	Seite 8
Wohngeld	Seite 7
Feuerwehr	Seiten 5,7
Versorgungsbetriebe	Seite 9
Zwangsarbeiter	Seiten 10,11
Tanz in den Mai	Seite 12
Impressum	Seite 12



Hans Thoma,
Hühnerfütterung,
1867, Öl auf Leinwand,
Kunsthalle Karlsruhe

**Frohe Ostern
wünscht Ihre SPD -
Kronshagen**

Ein Direktor in Nöten?

Es begann mit einer simplen Debatte über den Haushaltsansatz für Kronshagener Kinder an Kieler Schulen. Dies war im Dezember 2000. Erstmals wurden von der Gemeindeverwaltung Zahlen von Schülerbewegungen in eine Vorlage geschrieben um zu erklären, warum der Haushaltsansatz um rund 28.000 DM auf nunmehr 242.000 überzogen werden musste. Es endete in einer Debatte um die Attraktivität unseres Gymnasiums. Der Direktor schreibt an die Schüler, Eltern und das Kollegium und holt sich selbst schriftlich vom Kultusministerium die Aussage, dass er aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Aussagen im Schul- u. Kulturausschuss der Gemeinde tätigen könne.

Musste eine einfache Aussage über die Kostensituation der Schule nach deren vollständiger Übernahme durch die Gemeinde, die Aussage über Schülerzahlen und deren Würdigung für die Zukunft unseres Gymnasiums eine solch hektische Reaktion auf Seiten der Verantwortlichen des Gymnasiums auslösen? War die Leitung der Schule aufgefordert, im Rahmen eines allgemeinen Rundschreibens an Eltern, Schüler und das Kollegium über die Situation des Gymnasiums zu berichten? Ist den Verantwortlichen des Gymnasiums nicht bewusst geworden, dass sie damit die Diskussion in die Ebene einer öffentlichen Erörterung heben?

Der Direktor der Schule ist der Auffassung, die Diskussion über die Attraktivität der Schule damit unterdrücken zu können, dass er das Kultusministerium bittet, zu entscheiden, ob er vor einem Ausschuss der Gemeinde Aussagen tätigen darf, die datenschutzrelevante Dinge beinhalten. Genau wissend, dass er eine solche Erlaubnis nicht erhält. Er kann aber nun

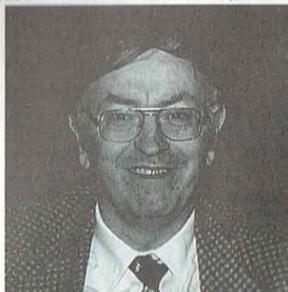
begründen, dass er an einer Sitzung in Öffentlichkeit nicht mehr teilnehmen könne, obwohl auch ihm bekannt ist, dass die Gemeindevertreter gar keine datenschutzrelevanten Sachverhalte in der Öffentlichkeit erörtern wollen.

Wer in den politischen Meinungskampf öffentlich eingreift – als Leiter der Schule durch langjährige Verbandstätigkeit nicht unerfahren im politischen Handeln – der darf sich nicht wundern, wenn die Politik dieses – "sein Angebot" – auf öffentliche Erörterung annimmt. Bewundern kann man darüber hinaus das Zusammenspiel zwischen dem Bürgermeister und dem Schulleiter. Der Schulleiter teilt mit, dass er sich nicht mehr öffentlich aus datenschutzrechtlichen Gründen äußern kann, der Bürgermeister sagt daraufhin im "Einvernehmen" mit der Schul- und Kulturausschussvorsitzenden die Sitzung des Ausschusses ab, obwohl die SPD-Fraktion durch ihren Vorsitzenden für die im Sitzungsplan schon verankerte Sitzung als Tagesordnungspunkt die Erörterung des Briefes des Schulleit-

ers und die weitere Entwicklungsmöglichkeit des Gymnasiums für die Tagesordnung beantragt hatte. Dies ist nicht nur ein Verstoß gegen die Gemeindeordnung, sondern eine unzulässige Einmischung des Bürgermeisters in die Belange der Gemeindevertretung.

Die Diskussion zum Sachverhalt wird sich mit solchen taktischen Finessen nicht vermeiden lassen. Die SPD-Fraktion wird eine Diskussion erzwingen. Die Nöte des Direktors sind offen zu Tage getreten. Wer kein Konzept hat, flüchtet ins Formale. Wir wollen jedoch ein attraktives Angebot am Gymnasium Kronshagen, damit unsere Schule langfristig im Ort gehalten werden kann. Dafür gilt es unter Beteiligung aller, also auch der Verantwortlichen in der Politik, Pläne zu erarbeiten. Dabei gilt es auch zu erforschen, welche Gründe die Eltern bewegen, ihre Kinder in Kiel anzumelden. Wer sich als Direktor dieser Diskussion verweigert, verspielt schon mittelfristig die Chancen der Schule.

Die SPD-Fraktion jedenfalls will eine offene Aus- und Ansprache der Probleme in der nächsten Sitzung des Schul- u. Kulturausschusses, auch wenn der verantwortliche Direktor des Gymnasiums nicht anwesend sein sollte.



Cord-P. Lubinski
SPD-Fraktionsvorsitzender

Gymnasium Kronshagen

Vorwort der Redaktion:

Aufgrund der anhaltenden Diskussion um die Situation des Gymnasiums Kronshagen drucken wir auszugsweise hier eine Stellungnahme von Prof. U. Danker ab, die er bereits am 4.3.01 der Gemeindevertretung überreichte.

Der reißerische KN-Artikel "Empörung über SPD-Kritik" wird unserer kurzen Debatte in der letzten Sitzung in keiner Weise gerecht: Herr Lubinski und ich haben keineswegs versucht, das Gymnasium "mit System madig" zu machen, übrigens auch nicht "unser eigenes Gymnasium schlecht zu reden". Im Gegenteil: Wir haben lediglich Sorgen ausgesprochen, die allerdings gewichtig sind und sich allein und ausdrücklich wertfrei aus den für Kronshagen dramatischen statistischen Daten der vergangenen fünf Jahre ergeben.

Ich für meine Person bleibe dabei, dass die von uns inhaltlich zu beschließende Übernahme der vollen Kostenträgerschaft sehr wohl rechtfertigt, sich als Gemeindevertretung nicht nur mit dem baulichen, sondern auch mit dem inneren Zustand des Gymnasiums zu befassen. (Man stelle sich nur vor, als privates Unternehmen einen äußerlich wie innerlich angeschlagenen Be-

trieb durch Kauf übernehmen zu wollen...). Natürlich steht es uns nicht oder nur begrenzt zu, die Qualität der Schule zu bewerten, aber wir haben einen Anspruch darauf, dass die dort Verantwortlichen mit uns ohne Arroganz über ihre Antworten auf die unbestreitbare Misere diskutieren. Als – wenn auch ganz neuer – Gemeindevertreter möchte ich in der Tat auch darüber sprechen dürfen, ob sich Kronshagen den Luxus leisten kann und sollte, ein Gymnasium zu unterhalten, das zwar bezogen auf das Umland stabile Nachfrage erzielen kann, aber in der eigenen Gemeinde inzwischen mehrheitlich von jenen Eltern gemieden wird, deren Kinder auf ein Gymnasium wechseln. Die Kosten für diese Kinder und Jugendlichen trägt die Gemeinde zusätzlich. Und im übrigen sollte man mit spitzer Feder rechnen, ob eine demnächst nur noch zweizügige Schule den Aufwand, dem wir offenbar aus rechtlichen Gründen nicht ausweichen können, rechtfertigt und ob sie es sich weiterhin leisten kann, ihren bisherigen Ruf zu behalten, ohne mit Engagement wieder verlorene Kreise zurückzugewinnen. Gerade weil ich mit meiner Frau in diesen Tagen selbst vor der Entscheidung stand, auf welches Gymnasium eine unserer Töchter gehen wird, habe

ich in vielen Gesprächen nicht nur – negative wie positive – Erfahrungen von Schülern und Eltern zur Kenntnis genommen, sondern auch Beweggründe erfahren, die wegführen. Der innere Zustand des Gymnasiums ist in dieser Gemeinde ein allgemeines Thema, und ich kann keinen Grund erkennen, ausgerechnet in Sitzungen der Gemeindevertretung, wenn sie aktuell zu einer Befassung mit langfristigen und sehr finanzrelevanten Folgen gezwungen ist, darüber zu schweigen, wenn, wie in den Beiträgen von Herrn Lubinski und mir konsequent durchgehalten, sachbezogen und unpolemisch darüber nachgedacht wird, welche Entwicklung zu wünschen und zu befördern wäre.

Der KN-Artikel zeigt unzweideutig auf, dass nicht wir, sondern Vertreter der Schule in massiver Weise Pressearbeit machten und die breite Öffentlichkeit suchten. Art und Stilform, mit denen die Schulvertreter argumentierten, sind nicht nur persönlich verletzend, wenn uns Inkompetenz, Unkenntnis und unlautere Absicht unterstellt wird, sondern auch inhaltlich alles andere als werbend für unser Gymnasium: Betroffene Eltern lachen über den Hinweis auf die Bevorzugung Kieler Angebotsschulen, weil, wie jeder weiß, nur eine Anmeldung bei diesen über

2xdie gesündere Wahl!

www.naturalsense.de

Ernährungs-
Diätberatung

Naturwaren

Naturkost

Workshops

naturalsense
Die gesündere Wahl!

Mo. - Fr. 7 - 18.00
Samstag 7.30 - 13.00

Mo. - Fr. 9 - 18.00
Samstag v. 9 - 13.00

Schulensee: (Bei der Post)
Eschenbrook 2
Tel: 0431 - 65 94 874

Kronshagen: (beim Bürgerhaus)
Meddagskamp 1a
Tel: 0431 - 58 08 632

haupt den Wechsel nach Kiel zulässig macht. Vor allem die arrogant wie bössartige (zudem nachweislich falsche) Unterstellung, Kinder mit Gymnasialempfehlung würden in Kronshagen bleiben, die anderen dagegen ihr Glück in (offenbar leichteren) Kieler Schulen suchen, beleidigt all jene Kronshagener, die nach langem Überlegen den nicht ganz leichten Schritt an eine andere Schule machten und machen: Die Guten bleiben, die Schlechten gehen, lautet die Unterstellung! Derartige Polemiken und wahrheitswidrigen Aussagen verstärken im übrigen genau den einschlägigen Ruf des Kronshagener Gymnasiums... Wir sind nicht nur die Vertreter der Kronshagener, die ihre Kinder auf das eigene Gymnasium schicken, sondern wir sind Vertreter aller Kronshagener. Wir müssen deshalb auch die Sorgen und Beweggründe jener kennenlernen und ernstnehmen, die sich abwenden. Sie stellen bekanntlich neuerdings die Mehrheit (und zwar noch stärker als die Statistiken ausweisen: nicht vermerkt sind nämlich jene Schüler, die in Kiel nicht angenommen und nach Kronshagen zurückverwiesen wurden!). Das ist eine Entwicklung, die Gemeindevertreter mit Sorge erfüllen müsste! (Die Verantwortlichen in der betroffenen Schule ohnehin.) -

Der von den KN zitierte lapidare Satz unseres Bürgermeisters wird, bei aller Achtung vor dem Amt und der Person, dem Sachverhalt, der Verantwortung der Gemeinde und den Interessen der Kronshagener nicht gerecht. Ich plädiere dafür, das Thema "Fortentwicklung des Gymnasiums Kronshagen" auf die Tagesordnung der nächsten oder übernächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu setzen. Über die aufgeworfenen grundlegenden Fragen sollten wir in diesem Gremium auf der Basis der in Kürze bekannten neuen Anmeldezahlen sprechen. Im übrigen möchte ich betonen, dass mir nach Monaten erster Erfahrung, die

Arbeit in der Gemeindevertretung genau deshalb gefällt, weil parteipolitische Konflikte und polemische Auseinandersetzungen keine Rolle spielen, sondern lediglich - bei weltanschaulich unterschiedlichen Hintergründen - die Auseinandersetzung um die Sache, das Wohl der Gemeinde. Ich für meinen Teil werde dabei bleiben, den Konsens zu suchen und (auch mal engagierte) Diskussionen in der Sache zu führen. Polemische Stilformen, die wie in der Gymnasiumsdebatte von außen eingebracht wurden, werden mich - und ich hoffe: uns alle - davon nicht abbringen.

Prof. Dr. Uwe Danker

SCHRÖDER OPTIK

Inh. Jürgen Schröder
staatl. gepr. Augenoptiker u. Augenoptikermeister

Meddagskamp 4 · 24119 Kronshagen · Tel. 0431/589595

Allen Kunden wünschen wir ein frohes Osterfest

FLATH

Sanitärtechnik Gasheizungen
Bauklempnerei Einbauküchen

Schreiberweg 4 · 24119 Kronshagen
Fernruf (04 31) 58 30 99

Aus den Ausschüssen und der Gemeindevertretung

Umwelt, Landschaftspflege und Verkehr

Auf Antrag der SPD wurde geprüft, ob Kronshagener Kreuzungen zu **Kreisverkehren** umgebaut werden können. In Frage kommen hierfür:

Suchsdorfer Weg / Dorfstr./ Ottendorfer Weg;
Ottendorfer Weg / Habichtsweg / Herrenwiese;
Kieler Str. / Kopperpähler Allee / Bgm.-Drews-Str.;

Kieler Str. / Claus-Sinjen-Str. / Dorfstr.;

Eckernförder Str. / Kopperpähler Allee / Johann-Fleck-Str.

Die Zuständigkeit für den Umbau liegt bei Land bzw. Kreis. Nicht alle Kreuzungen sind gleichermaßen umbaug geeignet. Ein Kreuzungsumbau soll ca. 350.000 DM kosten.

Wir bleiben am Thema dran.

Ebenso geprüft wurde eine modellhafte Einführung des „Grünen Pfeils“. Die Vertreter der Kreisverkehrsaufsichtsbehörde verweigern die Einführung dort, wo Fuß- und Radwege beim Abbiegen betroffen sind. (Wo gibt's die nicht). Auch hier ist unserer Meinung nach das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Obwohl bereits bei Einrichtung der neuen **Parkplätze** an der Bgm.-Drews-Str. von uns gefordert wurde, 5 - 6 zusätzliche, aus Steuergeldern entstandene Parkplätze der Öffentlichkeit zu widmen, blieb die Verwaltung bis heute untätig.

Wir hoffen, dass auch in Kronshagen über mögliche Auswirkungen einer Erweiterung des **Flughafens Holtenau** beraten wird.

Finanz- und Werkausschuss

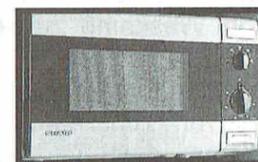
Die Kosten der **Abwasserbeseitigung** wurden zum 1.1.2001 gesenkt.

Unsere freiwillige **Feuerwehr** hatte im letzten Jahr 90 Einsätze zu leisten. Darunter waren 22 Einsätze zur Brandbekämpfung (z.B. im Fitnesscenter) und 53 technische Einsätze. Hierbei mussten die Kameraden 13 mal zur Ölbeseitigung, bei 5 Verkehrsunfällen und zu 23 Hilfeleistungseinsätzen ausrücken. Bei einem Verkehrsunfall auf der BAB 210 konnte



eine Person nur noch tot geborgen werden. Insgesamt leistete unsere Wehr an 168 Tagen Dienst. Der Finanzausschuss konnte auch für das Jahr 2001 wieder Mittel u.a. für die Verbesserung und Erneuerung der technischen Ausrüstung ebenso wie für die Kameradschaftskasse bereitstellen. Die gute Zusammenarbeit von Ausschuss und Gemeindeführer Bernd Krude wurde durch dessen plötzlichen Tod am 30.11.2000 jäh und auch für den Ausschuss schmerzlich beendet. Neuer Wehrführer ist seit 2.2.01 Herr Michael Meyer, dessen Wahl die Gemeindevertretung einstimmig befürwortete.

Küchen- Ersatzgeräte



Wieso schwer, wenn es einfach geht.

Bei uns werden Sie beraten, bekommen alles was Sie sich wünschen und Ihre neuen Einbau-Ersatzgeräte werden von uns fachmännisch eingebaut. Das ist ganz einfach Service, aber den bekommen Sie nicht überall... Fordern Sie uns mit Ihren Wünschen...

Bauknecht BOSCH

H. Bretzke
küchenatelier
Allerfeinste Küchentechnik
Küchenlifting

Planung · Verkauf · Montage · Finanzierung

24119 Kronshagen · Suchsdorfer Weg 25

Fon: 04 31/58 33 27 · Fax 04 31/58 33 73

Aus den Ausschüssen und der Gemeindevertretung

Bauwesen und Wirtschaft

Schwerpunkt der Beratungen war erneut die Planung des Neubaugebiets **Hühnerland**. Nachdem die interfraktionelle Arbeitsgruppe durch das Ausscheren der CDU nach deren öffentlichen Sonderveranstaltung 2000 gescheitert war, gelang es dem Ausschuss doch noch einvernehmlich die Rahmenbedingungen für die Bebauung festzulegen. Der Baurechtler Dr. Roesch wurde zum Moderator bestimmt. Von den Anliegern des Habichtweges wurden Bedenken wegen der Baustellenzufahrt vorgetragen, die im Rahmen des Moderationsprozesses beantwortet werden.

Schule, Kultur, Jugend und Sport

Der Ausschuss hat sich nicht einstimmig für die Errichtung einer Gedenkstätte nach dem vorgelegten Konzept im Foyer des neuen Rathauses ausgesprochen. In der Gemeindevertretung fand sich dann ebenfalls keine Mehrheit. Einstimmigkeit bestand darüber, das Gedenken auch auf andere Opfergruppen als die durch unmittelbare Kriegseinwirkung zu Tode gekommenen auszuweiten.

Uwe Hartwig (UKW) berief sich auf die Motive der Gemeindevertretung von 1963. Dass die daraus entstandene bisherige Inschrift wohl kaum alle Opfer umfasst, blieb unerwähnt. Das bisherige „Opferbuch“ könne ja um weitere Opfernamen ergänzt werden, schlug BM Wilhelms vor und blieb die Antwort schuldig, warum dies bisher unterblieb. Die SPD spricht sich für eine Ehrung aller Opfer aus, die von allen Fraktionen einvernehmlich getragen werden sollte.

Gemeindevertretung

In den Beratungen über die Übernahme der Kostenträgerschaft für das **Gymnasium Kronshagen** war es nur der wiederholten und hartnäckigen Nachfrage der SPD-Gemeindevertreterin Ingrid Weskamp zu verdanken, dass festgestellt wurde, dass eine Finanzierungsdifferenz von zunächst 500.000 DM aus dem Vertrag zwischen Kreis und Gemeinde aufgrund missverständlicher und fehlerhafter Formulierungen drohte. Die Verträge wurden zwar angepasst, ob der Kreis seinen Beitrag letztlich pflichtgemäß erhöht, ist zumindest fraglich. Kronshagen war Schul- aber

nicht Kostenträger des Gymnasiums. Aufgrund eines Vergleichs aus dem Jahre 1973 hat der Kreis 1990 den Vertrag der Kostenträgerschaft zum 1.1.2005 gekündigt. Obwohl Kreis und Gemeinde noch eine Grundsanierung von über 6 Millionen DM vereinbarten (Gemeindeanteil bis ca. 1,2 Millionen) ergibt sich spätestens ab 2005 eine erhebliche zukünftige Belastung des Gemeindehaushalts in noch nicht überschaubarer Millionenhöhe. Ob auch das Gettorfer Gymnasium noch Schüler aus dem Umland aus Kronshagen abzieht, gehört zu den nicht überschaubaren Risiken. Dies und ein letzter Versuch eventuell doch noch die Verträge mit dem Kreis zugunsten Kronshagens zu ändern, war letztlich der Anlass für einige SPD-Gemeindevertreter nach der Zukunft unseres Gymnasiums zu fragen, angesichts bekannt gewordener Statistiken über die Schülerentwicklung und der ernüchternden Haushaltsentwicklung der letzten Jahre. Die SPD hat sich bisher entschieden für die gute Ausstattung des Gymnasiums eingesetzt, das wird auch künftig so sein, sie aber nicht hindern, Probleme zeitig aufzuzeigen.

Gymnasium

Wiedergabe eines Leserbriefs aus der KN Nr.74 vom 28.03.01

Im vergangenen Jahr wurden sechs von zehn gymnasial-empfohlenen Kindern einer Kronshagener Grundschulklasse auf verschiedene Kieler Gymnasien umgeschult, darunter auch unsere Kinder. Diese sind zu Recht empört über die diskreditierende Äußerung des Herrn Bär, dass im Wesentlichen weniger begabte Schüler ihr "Glück in Kiel probieren".

Die Entscheidung, wo unsere Kinder neun Jahre ihres Schülerlebens verbringen sollten, haben wir uns nicht leicht gemacht, aber ein kurzer Schulweg und eine gute technische Schulausstattung reichten als Kriterien nun einmal nicht aus.

Cornelia Wichelmann
Kirsten Hinrichsen
Susanne Meier
Bahnhofsweg 12
Kronshagen

Anmerkung der Redaktion:
Die Herr Bär zugeordnete Aussage ist nach dem Bericht der KN vom Elternvertreter, Herrn Paulsen gemacht worden.

Wohngeld auch für

Häuslebauer

Nicht nur Mieter mit geringem Einkommen, sondern auch Eigenheimbesitzer, die gewisse Einkommensgrenzen nicht überschreiten, können Wohngeld beantragen. Darauf weist die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Gröpel,

hin. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Wohngeldnovelle: Seit 1. Januar 2001 gelten neue Einkommensgrenzen. Die Höchstbeträge, bis zu denen Wohnkosten bezuschusst werden, wurden kräftig angehoben. Auch die Werte in den Wohngeldtabellen, die für die Berechnung des Wohngeldes herangezogen werden, wurden verbessert. Da Wohngeld nur auf Antrag und nur ab dem Monat der Antragstellung gezahlt wird, appelliert Renate Gröpel an einkommensschwache Mieter und Wohneigentümer, umgehend bei ihrer Gemeinde einen Wohngeldantrag einzureichen. "Auch wer bisher schon Wohngeld bezieht, sollte wegen eines möglichen Anspruchs auf höhere Leistungen erneut einen Antrag stellen", so die Abgeordnete.



Unterstützung für Feuerwehren

Landesbedienstete werden für Einsätze und Ausbildungsveranstaltungen der freiwilligen Feuerwehren von ihrer Arbeit freigestellt. Der SPD-Landtagsabgeordnete Gerhard Poppendiecker lobte die Vorbildfunktion der Landesregierung und rief auch die privaten Arbeitgeber auf, Beschäftigte, die ein öffentliches Ehrenamt wie den Dienst in freiwilligen Feuerwehren ausüben, für die damit verbundenen Tätigkeiten von ihrer Arbeit freizustellen. "Ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger fördert sozialen Zusammenhalt und Verantwortungsgefühl. Es entlastet den Staat und hilft der Gemeinschaft", so der Abgeordnete. Deshalb sollten Menschen, die sich beispielsweise in den Feuerwehren ehrenamtlich betätigten, von ihrem Arbeitgeber darin unterstützt werden.



Pizzeria La Rose
Kieler Straße 48 • 24119 Kronshagen • Tel. 04 31 / 58 87 65

In gemütlicher Atmosphäre bieten wir Ihnen reichhaltige Speisen
z. B. Steaks • Fisch • Nudel- und Salatgerichte an.
Alle Speisen auch außer Haus

Täglich Mittagstisch 12.00 – 15.00 Uhr
Öffnungszeiten
Täglich von 12:00 bis 24:00 Uhr
Sonnabend von 17:00 bis 24:00 Uhr
Wir wünschen allen ein frohes Osterfest

Willkommen
Königstein 

Hotel und Restaurant

Der Treffpunkt netter Gäste
Einzel- und Doppelzimmer mit Dusche, WC, Radio, Durchwahltelefon, Farb-TV und Frühstücksbüfett bietet unseren Gästen den gewünschten Komfort - Restaurant mit guter bürgerlicher Küche - Parkplätze direkt am Haus.

Auf Wunsch senden wir Ihnen kostenlos unseren Hausprospekt mit weiteren Informationen zu.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
Rolf und Margit Schönwald
Kieler Straße 2 • 24119 Kronshagen
Telefon (0431) 58510-0 • Telefax (0431) 58510241

Die AsF Kronshagen informiert:

Seit nunmehr 10 Jahren führen Frauen im Bürgerhaus Kronshagen im Frühjahr und Herbst zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) eine Verkaufsbörse für gebrauchte Kinderkleidung und Spielzeug durch. Unsere Ziele sind:

a) Weiterverwendung der Kleidung

b) Unterstützung des Marie-Schlei-Vereins

Dabei stellen wir durch Plakatafeln, Broschüren und Ansagen den Marie-Schlei-Verein vor. Wir verkaufen gespendeten Kuchen, Getränke und Flohmarktartikel. Hierdurch gelingt es uns, jährlich rund 2000,-DM für den Verein zu sammeln.

Der Marie-Schlei-Verein e.V. ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die 1984 in Erinnerung an die frühere Entwicklungshilfeministerin Marie Schlei gegründet wurde. Die satzungsmäßigen Vereinsziele sind Armutsüberwindung durch die

Unterstützung von Frauenselbsthilfeprojekten in den Ländern des Südens, die durch Frauen entwickelt und durchgeführt werden und Aus- oder Weiterbildung zum Ziel haben. Darüber hinaus dient der Verein der Völkerverständigung, informiert über die Rolle der Frau in Afrika, Asien und Lateinamerika und baut partnerschaftliche Beziehungen auf.

Frauen haben eine von Land zu Land unterschiedliche Rolle, Funktion und Situation im Entwicklungsprozess. Sie brauchen Unterstützung bei einem von ihnen bestimmten Entwicklungsweg. Der Marie-Schlei-Verein hilft den Frauen ihren eigenen Weg zu gehen und zur Entwicklung ihres Landes beizutragen. Frauen geben Normen und Verhaltensweisen weiter. Die Versorgung der Bevölkerung im Süden hängt von ihnen ab. Kindererziehung, Haushalt, Hygiene, Gesundheit und die Sorge um den Alltag sind nach wie vor Frauendomäne. Dabei sind die Frauen im Süden auch weiterhin

bei Bildung und Ausbildung, Ernährung und Gesundheitsvorsorge benachteiligt. Sie tragen die Lasten der Entwicklung, Nutznießerinnen sind sie nicht.

Frauen organisieren sich ihren Alltag und ihr Überleben. Sie wissen, was sie wollen und brauchen. Ohne die Leistungen der Frauen im Süden werden Hunger, Armut, Unwissenheit und Gewalt nicht überwunden werden können. In über 200 Selbsthilfegruppen konnte der Marie-Schlei-Verein bisher Frauen unterstützen. Die Förderung dieser Ausbildungsprojekte ist ein Schritt zur Armutsbekämpfung. Sie zeigen, dass die Frauen mit wenig Geld eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien erringen können. Dabei können wir helfen, wir müssen verlässliche Partnerinnen sein.

Denn ohne Frauen geht es nicht.



Eicke Paysen

SPD stellt Aufsichtsratsvorsitzenden der Versorgungsbetriebe Kronshagen GmbH

Am 25.01.2001 übernahm Dieter Enders (SPD), Finanzbeamter, den Vorsitz im Aufsichtsrat von Thomas Kahle (CDU), Bankkaufmann. Da der Aufsichtsrat u. a. aus den Mitgliedern des Finanzausschusses der Gemeindevertretung besteht, war der Vorsitzwechsel bereits mit Gründung der Versorgungsbetriebe als GmbH zwischen den Parteien vereinbart worden, da die SPD auch den Vorsitz im Finanzausschuss innehat. Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden von Heinz Busies (CDU) aus der Gemeindevertretung 1998 übernahm die SPD von der CDU den Vorsitz im Hauptausschuss und überließ für 2 Jahre den Aufsichtsratsvorsitz der CDU.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats, Enders, Kahle, Rechtsanwalt Hermann Graetsch (UKW), Cord-P. Lubinski (SPD), Horst Adamski und Dieter Grigull (CDU), Ulf Hölzerkopf (FDP), Peter Schuhmacher (Arbeitnehmervertreter) und Bürgermeister Wilhelms (CDU) waren

sich in der Sitzung darin einig, dass die bisher am wirtschaftlichen Erfolg der Versorgungsbetriebe orientierte Arbeit losgelöst von politischen Differenzen fortgesetzt wird. Dieter Enders übernimmt den Vorsitz zum Beginn der bevorstehenden Liberalisierung der Gaspreise und ist sicher, dass die verhaltene Preispolitik auch unter der in der Satzung der VBK festgelegten sozial verträglichen Ausrichtung der Preise für alle Kronshagener fortgesetzt werden kann. Der Aufsichtsrat stimmte der bereits im Haushalt der Gemeinde eingeplanten Gewinnabführung zu, sieht aber trotz eines Eigenkapitals von 20% der Bilanzsumme Bedarf auch künftig Gewinnanteile den Rücklagen zuzuführen, um für zukünftige Herausforderungen gewappnet zu sein. Schließlich schöpft die Kommune legal mit bereits jährlich weit über einer Million DM an Konzessionsabgaben Liquidität ab.

Zum 1. April 2001 musste wegen der gestiegenen

Ölpreise eine Anhebung der Gas- und der Fernwärmepreise erfolgen. Im Herbst 2001 kann möglicherweise wieder eine Preissenkung beim Gas folgen. Für die Abnehmer bedeutet die Preiserhöhung, dass für die gesamte Verbrauchsperiode der Verbrauch pauschal verteilt wird. **Es ist jedoch möglich seinen Zählerstand zum 1.4.01 den Versorgungsbetrieben zu melden, um genau abrechnen zu lassen. Die Meldung wird voraussichtlich auch noch in den Osterwochen von den Versorgungsbetrieben akzeptiert.**

Ob die genaue Abrechnung günstiger ausfällt, hängt jedoch auch vom Verbrauchsverhalten des Einzelnen ab.



Dieter Enders



Inhaber Thomas Krüger

Seilerei 4 · Kronshagen
Tel. 58 90 33 · Fax 580 87 03



Die Osterzeit ist Osterteezeit!

Leckere Ostertee's erwarten Sie, die natürlich auch nach Ostern noch erhältlich sind.

Oder wie wär's mit Eierlikörpralinen der Confiserie Leysieffer?

Ich wünsche Ihnen schöne Ostertage und freue mich auf Ihren Besuch!

Atempause, S. Günther, Meddagskamp 2 d, 24119 Kronshagen, Tel: 0431/ 580 1977
Offen: Mo. - Fr. 9 - 13 + 15 - 18, Sa. 8 - 13 Uhr. Mittwochnachmittag geschlossen.

Beschäftigung von Zwangsarbeitern

Am 7. Juli 2000 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Errichtung der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" beschlossen. Ziel war es, die Voraussetzungen für eine schnelle und unbürokratische Entschädigung von Zwangsarbeitern zu schaffen. Insgesamt sollen zehn Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden, je zur Hälfte von der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft. Nach langen Diskussionen ist damit endlich eine Lösung erreicht, die den ausländischen Sklaven- und Zwangsarbeitern des NS-Regimes eine finanzielle Entschädigung zukommen lässt. Seit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges wurden in rasch zunehmendem Umfang Menschen aus allen besetzten Gebieten ins Deutsche Reich verbracht, um für die Kriegswirtschaft ausgebeutet zu werden. Zivilarbeiter wie Kriegsgefangene. Die allermeisten von ihnen kamen unfreiwillig mit Hilfe ständig wachsender Gewaltmaßnahmen auch nach Schleswig-Holstein. Nimmt man alle ausländischen sogenannten Fremdarbeiter, die Kriegsgefangenen und ausländischen KZ-Häftlinge, die in unserem Land arbeiten und größtenteils leiden mussten, zusammen, sprechen wir von über 200.000 Menschen. Die Zahl der Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein lag damit um ein Drittel über dem Reichsdurchschnitt. Besonders stark vertreten waren Polen und

die sogenannten "Ostarbeiter", also Bürger der Sowjetunion, die aus rassistischen Motiven besonders schlecht behandelt wurden. Knapp die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte war in der Landwirtschaft beschäftigt. In neun von zehn bäuerlichen Betrieben arbeiteten Ausländer. Zwangsarbeit war also im ganzen Land und für jeden sichtbar präsent. Ein gutes Drittel war in der Rüstungsindustrie und bemerkenswerte zehn Prozent im öffentlichen Dienst, also bei Kommunen, Kreisen oder der Provinzialverwaltung untergebracht. Über viele Jahre hinweg haben sich im Nachkriegsdeutschland die Menschen kaum für das Schicksal der Zwangsarbeiter interessiert. Gerade in Schleswig-Holstein, in dem manche NS-Karrieren im Staats- und Justizapparat nach 1945 erstaunlich bruchlos weitergeführt werden konnten, war das Thema der Opferentschädigung immer ein schwieriges. Die Geschichte der Entschädigung der NS-Opfer ist ohnehin ein trauriges Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. Lange blieben viele Verfolgte und Gequälte ausgeklammert: sogenannte Asoziale, Homosexuelle, geistig Behinderte, Kommunisten und andere mehr. Viele Zwangsarbeiter wurden in Deutschland geschunden oder schlicht ermordet. Manche hatten es besser, kamen über die Runden. Und natürlich gibt es auch Beispiele für menschliche Behandlung. Doch allen diesen Menschen wurde ein wichtiger Teil ihres Le-

bens geraubt, alle waren erniedrigt und der Macht ausgeliefert, alle waren aus der Heimat gerissen, von ihren Familien getrennt. Es verwundert nicht, dass manchen der ehemaligen Zwangsarbeiter die Anerkennung des ihnen zugefügten Unrechts noch wichtiger ist als die vergleichsweise geringe materielle Entschädigung. Es verwundert nicht. Es beschämt. Die Stiftungsinitiative für Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter, die von allen Bundestagsfraktionen mitgetragen wurde, stellt mit der Beteiligung der öffentlichen Hand von fünf Milliarden Mark einen großen finanziellen Kraftakt dar. Um so bedenklicher stimmt es, dass am gleich hohen Anteil der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft nun über Monate hinweg immer noch 1,4 Milliarden fehlen. Gerade deshalb steht es uns gut zu Gesicht, das Engagement derjenigen 150 Betriebe im Land zu würdigen, die sich zu ihrer und unserer historischen Verantwortung bekennen. Alle Unternehmen und die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sind aufgerufen, sich an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zu beteiligen unabhängig davon, ob diese Unternehmen in der jetzigen Form bereits existierten. Der Respekt vor den noch lebenden Opfern gebietet es, vorhandene Informationen, beispielsweise aus Firmenarchiven, zur Verfügung zu stellen, um die laufenden Entschädigungsverfahren zu beschleunigen. Die oft hochbetagten Menschen müssen laut Stiftungsgesetz die

Leistungsberechtigung nachweisen. Ihnen dies zu erleichtern, muss uns allen Verpflichtung sein. Die jetzt gefundene Regelung definiert drei Gruppen von Leistungsberechtigten: Zum einen diejenigen, die in einem Konzentrationslager oder unter vergleichbaren Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden. Zweitens Deportierte, die inhaftiert oder haftähnlichen Lebensbedingungen unterworfen waren. Und schließlich drittens alle übrigen, die entschädigt werden können, aber nicht müssen, zynisch gesagt, die "minder schweren Fälle". Es gehört wenig Phantasie dazu zu vermuten, dass die Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft zur dritten Kategorie geschlagen werden und weitgehend leer ausgehen.

Die Entscheidung über die Vergabe der Entschädigungsmittel nach dem Grad der Verfolgung wurde den Opferverbänden übertragen. Ich bin nicht davon überzeugt, dass das richtig war. Das Ausklammern der Zwangsarbeit auf dem Land gilt leider auch für viele dieser Verbände. Wer selbst in den Rüstungsbetrieben dem Programm "Vernichtung durch Arbeit" ausgeliefert war, mag ein verharmlosendes Bild von Zwangsarbeit auf dem Land im Kopf haben. Die aggressiven Reaktionen amerikanischer Opferanwälte auf entsprechende vorsichtige Einlassungen des Beauftragten der Bundesregierung Graf Lambsdorff nähren diese Befürchtungen. Gerade weil Sorge besteht, dass viele Zwangsarbeiter,

die in Schleswig-Holstein waren, keine oder kaum Entschädigung erhalten werden, ist es unsere Verpflichtung, das wenige zu tun, was wir vermögen: - uns zur Verantwortung für dieses Kapitel unserer Geschichte zu bekennen, - die Opfer um Vergebung für begangenes Unrecht zu bitten, - diejenigen zu würdigen, die sich an Entschädigungszahlungen beteiligen, - und jedermann im Lande zu ermuntern, frühere Opfer als Gäste zu empfangen. Nur wenn wir unseren Teil an historischer Verantwortung leben, können wir uns guten Gewissens gegen jene zur Wehr setzen, die unter Leugnung und Verdrehung der Geschichte heute wieder Rassismus, Gewalt und Fremdenhass predigen.

Jürgen Weber MdL, Historiker und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



54 45 11
54 45 12

auch **Firmen- und Dienstreise-Service**
Geschäftszeiten: Mo.-Fr. 8-18 Uhr, Sa. 9-13 Uhr

Sie erhalten bei uns:
Bahnfahrausweise, Platz-, Liegewagen-,
Schlafwagen- und Autoreisezugkarten.
Flugscheine der Lufthansa und anderer Linienflug-
gesellschaften, Charterflüge sowie das umfangreiche
Touristikangebot von TUI, Alltours, Jahnreisen,
Ameropa, Neckermann u.a.

Kaufpassage Kopperpahl
Kronshagen, Eckernförder Straße 315
Telefon 0431-54 45 11 u. 54 45 12
Telefax 0431-54 89 22



LANGNAU
FLIESEN grenzenlos in form + farbe

Kopperpahl Allee 70 24119 Kronshagen

- Ausführung sämtlicher Fliesenarbeiten
- Kunststein und Naturstein
- Handel und Verlegung
- Ausstellung

Öffnungszeiten:
Mo.-Do. 7.00 - 17.00, Fr. 7.00 - 15.00 Uhr
Samstag 9.30 - 12.00 Uhr

© (0431) 54 86 60 Fax 54 99 42